

Herrn Oberbürgermeister
Thomas Keck
Rathaus
Marktplatz 22
72764 Reutlingen

Reutlingen, 22.01.2025

Antrag zur kommunalen Verpackungssteuer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

unsere Fraktion stellt den Antrag,

unseren Haushaltsantrag vom 23.10.2023, Ziff. 15 der GR-Drucksache 23/140/12.1, zur Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer, wieder auf die Tagesordnung des Gemeinderats zu setzen.

Das Bundesverfassungsgerichts hat rechtskräftig entscheiden, dass die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer in unserer Nachbarstadt Tübingen verfassungsgemäß war. Die dortigen Erfahrungen seit 2022 zeigen: Die Steuer wirkt. Sie hat zu weniger Müll in der Innenstadt geführt und Mehrweg-Lösungen vorangebracht. Es gibt in Tübingen rund ein Drittel weniger Wegwerfverpackungen.

Wir wünschen uns auch in Reutlingen weniger Verpackungsmüll. Auch unsere Stadt sollte von diesem – nunmehr unstrittig zulässigen – Instrument so rasch wie möglich Gebrauch machen. Eine Verpackungssteuer entlastet zudem unseren klammen Stadthaushalt: Die Stadt Tübingen nimmt pro Jahr rund 1 Mio. EUR ein – eine Größenordnung, die auch dem Reutlinger Haushalt allzu gut tun würde.

Aus diesen Gründen erneuern wir unseren Antrag vom 23.10.2023. Die Einführung sollte spätestens zum Doppel-Haushalt 2026/27 wirksam werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Karsten Amann
Katharina Ernst
für die Fraktion Grüne und Unabhängige

